

Ich habe die Ukraine weniger als ein Jahr vor der russischen Invasion verlassen, gezwungen zur Flucht aufgrund politischer Verfolgung durch meinen eigenen Staat. Alles begann, nachdem ich die Flagge einer Organisation namens Ukrainische Aufstandsarmee heruntergerissen hatte – einer Organisation von Nazi-Kollaborateuren, verantwortlich für den Tod von mehr als 100.000 polnischen und jüdischen Zivilisten während des Zweiten Weltkriegs, deren Flagge heute auf dem zentralen Platz meiner Heimatstadt weht.

Danach wurde ein Strafverfahren gegen mich eröffnet, das mir bis zu vier Jahre Haft drohte. Als rechtsextreme Radikale vor dem Haus meiner Verwandten auftauchten und nach mir suchten, bin ich – um meinetwillen und um meiner Angehörigen willen – geflohen und habe mein Masterstudium als Ausweg genutzt.

Und dennoch halte ich mich für unglaublich glücklich. Ich hätte, wie viele meiner ukrainischen Freunde, Monate in meiner Wohnung eingeschlossen verbringen können – in ständiger Angst, gezwungen zu werden, mein Leben zu riskieren, indem ich das Leben anderer nehme. Oder ich hätte, wie ein enger Freund von mir, zwei verzweifelte Wochen zu Fuß durch die abgelegenen Karpaten gehen können, versteckt vor Drohnen, Hunden und Soldaten meines eigenen Landes, die den Befehl hatten, auf ihre eigenen Landsleute zu schießen.

Oder ich hätte einer der 46 Leichen sein können, die aus einem einzigen Fluss an der rumänischen Grenze geborgen wurden – der Theiß, die für viele Ukrainer zu einer tödlichen Grenze geworden ist.

Nach Angaben des ukrainischen Verteidigungsministeriums waren im November 2024 etwa drei Viertel aller Soldaten an der Front mobilisiert und nicht freiwillig. Und wie der UN-Hochkommissar für Menschenrechte im selben Monat berichtete, wurden Folter, Schläge und Strangulation als Teil des Mobilisierungsprozesses eingesetzt.

Die Methoden der Mobilisierung führen regelmäßig zu erschütternden Vorfällen. Fast täglich wird die Gesellschaft durch Bilder erschüttert, auf denen Mütter die geschundenen Körper ihrer Söhne zeigen – zuvor von Einberufungsbeamten verschleppt und später fälschlich als an „Herzversagen“ oder „Schlaganfall“ gestorben erklärt.

Ihre Forderungen nach Gerechtigkeit bleiben unbeantwortet.

Und vor etwas mehr als einem Jahr, als ich ein Mitglied des Bundestages von den Grünen auf einen UN-Bericht über Folter während der Einberufung ansprach, sah sie mir direkt in die Augen und sagte: „Wir wissen und besprechen alles, was in der Ukraine passiert, aber wir werden es niemals öffentlich machen.“

Während sie Russland wegen der Missachtung der Menschenrechte verurteilen, akzeptieren und legitimieren sie zugleich die systematische Praxis der Folter in der Ukraine.

Sie sprechen von der Notwendigkeit, den Krieg fortzusetzen, um die Freiheit zu verteidigen. Aber was hat Freiheit damit zu tun, Menschen daran zu hindern, das Kriegsgebiet zu verlassen – und sie stattdessen in das Blutbad zu zwingen?

Sie sprechen davon, unsere Zukunft zu schützen. Aber was könnte gefährlicher für unsere Zukunft sein als die Normalisierung der Entmenschlichung ganzer Völker und das Spiel mit – ja sogar das Verspotten – der Gefahr eines Atomkriegs?

Sie sprechen davon, die Demokratie zu verteidigen. Aber was könnte ein größerer Verrat an der Demokratie sein als die Abschaffung der freien und demokratischen Wahlen? Und was könnte eine größere Bedrohung darstellen als die Missachtung eines so grundlegenden Rechts wie des Rechts, das Töten zu verweigern?

In einem Punkt haben diese Politiker recht: Demokratien sind weltweit in Gefahr. Aber wir müssen klar sagen: Die Bedrohung kommt nicht von einer bestimmten Nationalität, Kultur oder Religion. Die wirkliche Gefahr liegt in extremer sozialer Ungleichheit, in profitorientierter Kriegstreiberei und in der selektiven Anwendung von Rechten.

Der einzige Weg, dieser Gefahr zu begegnen, besteht darin, die Spaltung zurückzuweisen, aufzuhören, ganze Nationen als Feinde zu brandmarken, und zu einem realistischen Dialog zurückzukehren – mit der Bereitschaft zu Kompromissen und zur Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen der anderen Seite.

Die Demokratie weltweit ist tatsächlich in Gefahr – und nur eine globale Abkehr von konfrontativer Politik kann Radikalen die Unterstützung entziehen, Demokratien schützen und unsere Welt zu einem Ort machen, an dem Gerechtigkeit mehr ist als ein Versprechen.

Deshalb möchte ich den Organisatoren dieser Veranstaltung und allen, die heute hierher gekommen sind, meinen aufrichtigen Dank aussprechen.

Das Zusammenkommen von Organisationen und Parteien, die konsequent für Menschenrechte und die Interessen der breiten Gesellschaft eintreten, hebt uns klar von engstirnigem nationalen Egoismus ab – und bietet einen möglichen Ausweg aus der heutigen Sicherheitskrise.

Nach Angaben des Generalstaatsanwalts der Ukraine hat das Land allein in den ersten sechs Monaten des Jahres 2025 125.000 neue Kriegsdienstverweigerer verzeichnet – Menschen, die aus der Armee geflohen sind, anstatt an diesem Krieg teilzunehmen.

Neuere Daten sind inzwischen geheim eingestuft; doch selbst wenn man annimmt, dass die Zahlen – wie seit Beginn des Krieges – nicht zurückgegangen sind, bedeutet das mehr als 250.000 neue Strafverfahren pro Jahr wegen unerlaubtes Verlassen der Truppe und Desertion.

Ich muss noch einmal betonen: An der Seite der Ukraine zu stehen bedeutet, an der Seite ihrer Menschen zu stehen – nicht an der Seite derjenigen, die die Sicherheit ihrer eigenen Familien gewährleisten, während sie andere zwingen, ihr Leben und das Leben ihrer Kinder zu opfern.

Freiheit kann nicht durch Zwang verteidigt werden.

Ein erster Schritt, den europäische Regierungen unternehmen könnten, wäre, die Milliarden für Waffenlieferungen an konkrete Maßnahmen der ukrainischen Behörden zu knüpfen – Maßnahmen zur Reduzierung von Rechtslosigkeit und Folter gegenüber der eigenen Bevölkerung.

Doch genau das sehen wir nicht.

Denn diese Waffenlieferungen und die Verlängerung dieses Krieges haben nichts mit Freiheit zu tun, nichts mit Demokratie und nichts mit den Interessen des ukrainischen Volkes.

Wenn behauptet wird, dass die Unterstützung dieses Krieges dem Schutz der Europäer und ihrer Rechte dient, dann möchte ich das ganz klar sagen: Kein Europäer kann sich seiner Rechte wirklich sicher sein, solange Menschenrechte und demokratische Rechte nicht für alle gelten.

Und niemand kann sich wirklich sicher fühlen, solange Sicherheit nicht für alle gewährleistet ist.